

**Zeitschrift:** ZeitBild  
**Herausgeber:** Schweizerisches Ost-Institut  
**Band:** 28 (1987)  
**Heft:** 10

**Artikel:** Die Planung vom Kriegszustand : die späten Enthüllungen eines polnischen Abspringers über den Putsch von 1981  
**Autor:** Bahr, Jerzy  
**DOI:** <https://doi.org/10.5169/seals-1094011>

### **Nutzungsbedingungen**

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

### **Conditions d'utilisation**

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

### **Terms of use**

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

**Download PDF:** 18.04.2026

**ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>**

Am frühen Morgen des 13. Dezembers 1981 erwachte Polen im Kriegszustand. Panzer waren auf den Strassen aufgefahren, Tausende von Personen wurden verhaftet. Das war der Schlag, welcher der Solidarnosc-Ära ein abruptes Ende bereitete. Aber dieses war seit über einem Jahr vorgesehen. Die Planung dazu lief unter direkter sowjetischer Aufsicht kurz nach dem Zeitpunkt an, an dem die unabhängige Gewerkschaft von der Regierung offiziell anerkannt wurde. Ihre gewaltsame Liquidierung war also von Beginn an beschlossene Sache. Gleichzeitig wurde die Eventualvariante einer sowjetischen Invasion vorbereitet. Darüber hat jetzt ein seinerzeitiger polnischer Oberst berichtet, der bei der ganzen Planung mitgemacht hat. Er sprang einen Monat vor dem Putsch in den Westen ab, mitsamt seinem Wissen, welches Polen und die Welt hätte warnen können.

# Die Planung vom Kriegszustand

Beim Überläufer handelt es sich um Oberst (nicht Hauptmann, wie in der letzten Nummer irrtümlich angegeben) Ryszard Kuklinski, damals Chef des Planungsamtes für Strategie und Verteidigung im polnischen Generalstab. Seine jetzigen Enthüllungen erfolgten in der Form eines Interviews, das er der polnischen Exilzeitschrift «Kultura» (Paris, Aprilnummer 1987, S. 3 bis 57) gegeben hat.

Kuklinski war am 7. November 1981 mit geheimen Unterlagen zu den Amerikanern geflüchtet, und ironischerweise war es der polnische Regierungssprecher Jerzy Urban, der vor einigen Monaten spöttisch erklärte, die Amerikaner hätten es ja damals in der Hand gehabt, die Solidarnosc vor der bevorstehenden Aktion zu warnen, da sie doch von Kuklinski informiert gewesen seien. Da hat man den Hohn als Dank für die Zurückhaltung.

Kuklinski selbst hat auf die Frage, warum er seine Aussagen nicht schon damals gemacht habe, als sie eine Warnung dargestellt haben würden, der «Kultura» geantwortet, das sei sein spontaner Wunsch gewesen, aber er habe sich nicht allein von seinen Gefühlen leiten lassen dürfen. Zum Zeitpunkt seiner Flucht seien die Vorbereitungen zur Einführung des Kriegszustandes bereits abgeschlossen gewesen, und man hätte durch einen Alarmruf die Ereignisse nicht mehr aufhalten, sondern nur noch in schlimmere Bahnen leiten können. Die Varianten für den Fall, dass unverhofft etwas an die Öffentlichkeit dringe, waren ebenfalls vorbereitet, auch in bezug auf die Möglichkeit, dass die Solidarnosc im letzten Moment noch dazukomme, einen Generalstreik auszurufen. Ferner gab es eine Alternative zum Plan, die Aktion allein durch polnische Polizei- und Militäreinheiten durchführen zu lassen; für den

Fall, dass das nicht ausreichte, standen an der Grenze schon Streitkräfte der UdSSR, der Tschechoslowakei und der DDR in Einsatzbereitschaft. Nicht einmal die Rolle von Jaruzelski galt als unabdingbar; sollte er wider Erwarten «ausfallen», hätte man General Molczyk oder sonst jemand mit der Ausrufung des Kriegszustandes beauftragt, aber ein Verzicht darauf wurde nicht in Betracht gezogen.

Das sind die Gründe, die Kuklinski für sein damaliges Schweigen anführt, das den Militärs jedenfalls die reibungslose Durchführung der Aktion erleichterte. Und offenbar liessen sie sich auch durch den Absprung ihres Mitwissers Kuklinski nicht in ihren Vorbereitungen stören. Ganz so, als sei ihnen sein Schweigen zugesichert worden...

Nun, wie immer: Kuklinski hat *jetzt* gesprochen, und was er enthüllt, ist aufschlussreich genug, zu dieser wie zu jeder Zeit. Wer ist dieser Mann?

Ryszard Kuklinski wurde 1930 als Arbeitersohn in Warschau geboren. Seinen Vater ermordeten die Nazis im Konzentrationslager Sachsenhausen. Schon 1947 trat Ryszard in die Armee ein und absolvierte dann die Hochschulen für Militärwissenschaften in Warschau und Moskau. In seiner weiteren militärischen Laufbahn ist eine Zwischenstation von spezifischem Interesse: 1986 war er vor der Invasion in die Tschechoslowakei polnischer Verbindungsoffizier von Marschall Jakubowski, der als sowjetischer Oberbefehlshaber den Einmarsch aus den fünf Staaten des Sowjetlagers leitete. Von 1976 an gehörte Kuklinski als Oberst dem polnischen Generalstab an – bis zu seiner Flucht, deren Umstände bis heute völlig im dunkeln liegen. In den USA erhielt er politisches Asyl.

In Polen wurde Kuklinski im Abwesenheitsverfahren zum Tod verurteilt. Die Rolle, die er bei den Vorbereitungen zur Aktion vom 13. Dezember 1981 spielte, ist durch den polnischen Innenminister, General Czeslaw Kiszczak, in einem Interview bestätigt worden, das die Warschauer «Polityka» am 14. 6. 1986 veröffentlichte.

Wir fassen zusammen, was Kuklinski über die politische Atmosphäre in den kritischen Jahren 1980/81, bezogen auf die Machthaber, in seinem Interview sagt.

Für den Kreml waren die polnischen «Ereignisse» von 1980, geprägt durch eine parteiunabhängige gewerkschaftliche Aufbruchbewegung, genauso eine Konterrevolution wie die Unruhen von 1956. Und mit Konterrevolutionären spricht man nicht; man vernichtet sie. Dieser Meinung war die Sowjetführung schon 1956 unter Chruschtschow gewesen. Im Unterschied zur Lage 30 Jahre später hatte sie allerdings in Polen damals Partner von mehr Gewicht. Parteichef Gomulka und Staatschef Ochab hatten Kraft und Mut genug, den Sowjets klarzumachen, dass das, was in Polen geschehe, in erster Linie eine Sache der Polen selbst sei, und sie machten auch deutlich, dass sie sich dem militärischen Druck nicht beugen würden. Als Folge dieser Stellungnahme kam es erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg dazu, dass Parteiführung und Volk zusammenstanden, obwohl die Versprechungen der politischen Führung bezüglich des sogenannten polnischen Wegs zum Sozialismus sehr nebelhaft waren (und sich später tatsächlich weitgehend auflösten). Kuklinski glaubt, dass 1980/81 ein analoger Zusammenschluss von Führung und Volk die Sowjets zu grösserer Zurückhaltung veranlasst haben würde.

Kuklinski legt dar, dass die Sowjets notfalls zu einem militärischen Einfall analog zu ihrem Vorgehen von 1968 gegen die Tschechoslowakei bereit waren. Konkrete Vorkehrungen dafür wurden zweimal getroffen: einmal im Dezember 1980 und dann wieder im Frühling 1981. Indessen war das wirklich nur als letzter Ausweg für den Fall gedacht, dass man der «Konterrevolution» nicht anders Herr zu werden vermöchte. Zum einen wusste die Sowjetführung, dass sie dafür einen höheren politischen und moralischen Preis würde bezahlen müssen, nicht zuletzt auf dem internationalen Parkett. Zum andern wusste sie aber auch nach den Erfahrungen von 1956 und 1970, dass die Polen auf vorrückende Panzer gegebenenfalls nicht nur fluchen, sondern auch schiessen; zu einem Sonntagsspaziergang würde eine allfällige Invasion von aussen jedenfalls nicht. Kuklinski erinnert sich, dass sich ein Vertreter des sowjetischen Oberkommandos in Polen im Gespräch mit ihm über einen bösen Witz beklagte, der unter Polen zirkulierte: «Kennst du den Unterschied zwischen einem polnischen und einem russischen Panzer? – Der russische brennt besser.»

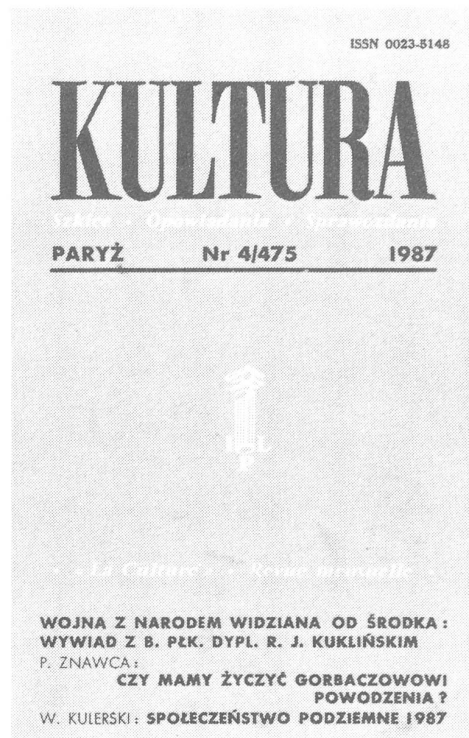
Die Vorbereitungen für eine allfällige Invasion gingen – ein weiterer Unterschied zur Aktion von 1968 – nicht völlig unbemerkt vor sich. Der Westen rechnete mit dieser Möglichkeit und suchte alle militärischen Aufmärsche an den Grenzen zu Polen zu beobachten. Der gleiche Überraschungseffekt wie im Präzedenzfall war nicht zu erzielen.

Als Folge einer Invasion hatte der Kreml eine Reihe negativer Auswirkungen in Rechnung zu stellen:

- Ende der Entspannungsphase
- Gefährdung der wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Westen
- Aufstockung des militärischen NATO-Budgets;
- Anlass zu effektiver militärischer Zusammenarbeit USA–China

Ende 1980, als sich die Krise erstmals ersichtlich zuspitzte, erhielt die Sowjetführung einen Hinweis darauf, dass die Amerikaner wahrscheinlich auf eine Invasion Polens reagieren würden, in welcher Form auch immer. Der damalige Präsident Carter sandte am 3. 12. 1980 ein persönliches Telegramm an Breschnew: Der polnischen Regierung und dem polnischen Volk sei Gelegenheit zu geben, die Situation selbständig zu lösen. Jede Einmischung von aussen würde «schwerwiegende internationale Folgen» nach sich ziehen. Bereits am folgenden Tage liess das Weisse Haus den Inhalt des Telegramms veröffentlichen, offensichtlich um der Warnung einen verbindlichen Charakter zu geben.

In Anbetracht aller dieser Umstände, so meint Kuklinski, hatte Polen durchaus seine Chance. Würde die Sowjetunion mit dem gemeinsamen Widerstand von Volk und Führung Polens konfrontiert und würden zum Beispiel polnische Panzer rund um Warschau zur Verteidi-



gung auffahren, müsste ein Nervenkrieg zwischen den beiden Staaten ausbrechen, und wenn die Polen immer noch durchhielten, würden die Sowjets wahrscheinlich zurückkrebsen.

★

In Tat und Wahrheit aber – und damit kommen wir zu den faktischen Aussagen in Kuklinskis Bericht – sah die Lage deshalb ganz anders aus, weil die polnische Führung widerstandsunfähig war. Die Partei- und Militärführung übernahm vorbehaltlos die sowjetische These, dass in Polen die Konterrevolution ausgebrochen sei.

Mitte März 1981 machte Moskau den verbindlichen Vorschlag, eine grossangelegte militärische Sonderübung mit 150 000 Mann in und um Polen zu veranstalten. Die anvisierten Objekte des Manövers («Sojus-81») waren offensichtlich im Monat zuvor von den sowjetischen Spezialeinheiten in eigener Regie ausgekundschaftet worden: der Warschauer Flughafen Okęcie, in Warschau ferner das Radio- und Fernsehzentrum, das Stahlwerk und die Autofabrik («Festungen von Solidarnosc), in Danzig die Werft sowie in verschiedenen Städten die jeweils wichtigsten industriellen Betriebe.

Die sowjetischen Generäle interessierten sich diesmal nicht wie sonst bei Manövern für abgelegene Wälder als Übungsgelände, sondern für die Wälder rings um Warschau. Dank Jaruzelski, damals «bloss» Ministerpräsident, waren die Sowjets zudem schon im Besitz von genauen Plänen einiger wichtiger öffentlicher Gebäude, die zur Einrichtung sowjetischer Kommandaturen geeignet waren.

Am 24. März flog der Oberkommandierende der WP-Streitkräfte, Marschall Viktor Kuli-

kow, nach Liegnitz in Schlesien. Er hatte unter vier Augen ein vierstündiges Gespräch mit Jaruzelski und gab anschliessend bekannt, dass die militärische Übung, die am folgenden Tag hätte zu Ende gehen sollen, ohne Fristsetzung verlängert werde.

Anfang April flogen Parteichef Stanislaw Kania und Jaruzelski nach Moskau zu Gesprächen mit Breschnew. Wenige Stunden vor ihrem Abflug landeten ohne Meldung an die polnischen Behörden eine unbekannte Zahl sowjetischer Flugzeuge und Helikopter auf verschiedenen polnischen Flugplätzen, die militärisch besetzt wurden. Die Situation war übrigens für den zivilen Luftverkehr äusserst gefährlich, weil die sowjetischen Flugbewegungen ohne Berücksichtigung der Anordnungen der polnischen Luftkontrolle erfolgten.

Die Polen erhielten den Befehl, zwanzig der wichtigsten Operativpläne im Zusammenhang mit der Kriegsrechtverhängung in die russische Sprache zu übersetzen. Zudem forderten die Sowjets, dass kriegsrechtliche Dekrete des Staatsrates vorsorglich auszustellen seien, bereits versehen mit Datum und Unterschrift.

So wurden die Vorbereitungen zur Einführung des Kriegsrechts konkretisiert, nach Anweisungen der Sowjets. Ihr Gewicht war in den verschiedenen Institutionen des Landes unterschiedlich. Im Verteidigungsministerium waren es nur Polen, die sich mit der kriegsrechtlichen Planung beschäftigten; die Sowjets waren dort in beratender und kontrollierender Funktion tätig. Im Innenministerium hingegen hatte man bereits in früherer Zeit die Sowjets in die gesamte Tätigkeit eingeschaltet; dort spielten sie eine um so grössere Rolle.

Die Schlüsselposition hatte Marschall Kulikow inne. Er prahlte bei Gelegenheit damit, so weiss Kuklinski zu berichten, dass er einmal Kania, also den Parteichef, einfach aus seiner Warschauer Residenz hinausgeworfen habe.

Die Sowjets waren sich ihrer Kontrolle über die Spitzen der polnischen Armee sicher; ihre Besorgnis galt den mittleren und unteren Führungskräften. Im Herbst 1980 bestanden die polnischen Streitkräfte zu fast einem Drittel aus jungen Leuten, die sich direkt und indirekt für die Solidarnosc engagierten. Sympathie für die Solidarnosc-Anliegen empfanden nicht nur viele Offiziere, sondern auch etliche Parteiorganisationen der Armee, sogar im Generalstab.

Kania, der damalige Parteichef, widersetzte sich einem militärischen Einsatz gegen die Solidarnosc. Vom ausserordentlichen Kongress der polnischen Partei im Juli 1981 an ignorierte man ihn im Kreml, und die Vorbereitungen für den Kriegszustand gingen unbehindert weiter.

In den Monaten Oktober und November verlagerte man diese Arbeiten vom Verteidigungsministerium ins Innenministerium und in die

## Polen

Schluss von Seite 3

Propagandaabteilung des Zentralkomitees, in zwei völlig moskauhörige Institutionen.

Zwei Ereignisse beschleunigten dann noch die tatsächliche Ausrufung des Kriegszustandes. Einmal erfuhr man, dass die wichtigsten Unterlagen über die geplante Aktion in die USA gelangt seien (Kuklinski lässt in seinem Bericht offen, ob er – der damals noch in Warschau war – damit etwas zu tun hatte oder nicht). Und zum andern begann eine Gruppe von besonders moskautreuen Genossen aus dem Parteiapparat selber aktiv zu werden. Sie forderte von Jaruzelski ultimativ, dass mit der Ausrufung des Kriegszustandes nicht länger zugewartet werden dürfe.

★

Der interessanteste Teil der Ausführungen von Kuklinski betrifft die beschränkten Souveränitätsverhältnisse in der polnischen Armee.

Seit der zweiten Hälfte der sechziger Jahre hat die polnische Führung selber mehr und mehr polnische Souveränitätsrechte an die sowjetische Armeeführung abgetreten. Das führt zur totalen Unterordnung zwar nicht in Friedenszeiten, wohl aber zu Zeiten von Krieg oder akuter Kriegsgefahr. Denn dann liegt die alleinige Befehlsgewalt über die polnischen Streitkräfte beim Oberkommando des Warschauer Paktes (und damit wiederum praktisch bei den Sowjets). Zu dieser Regelung hat sich die Volksrepublik Polen freiwillig bereit erklärt. Vorgesehen ist nicht einmal ein polnischer Repräsentant oder eine polnische Verbindungsmision beim sowjetischen Oberbefehlshaber. Unter direkter sowjetischer Führung steht (immer im Fall von Krieg oder akuter Kriegsgefahr) die polnische Luftwaffe. Sie darf ohne Rückfrage an das polnische Kommando auch ausserhalb des Landes eingesetzt werden. Und für den polnischen Soldaten besteht gegebenenfalls keine Garantie, dass er der polnischen Militärjustiz unterstellt wäre; er könnte mindestens sogut vor ein sowjetisches Kriegsgericht gestellt werden.

Das sind geltende Bestimmungen, die aber geheimgehalten werden. Nur ein kleiner Kreis der obersten Armeeführung ist darüber im Bild. Alle diesbezüglichen Vereinbarungen unterstehen der Geheimhaltungspflicht. Selbst regionale Kommandanten und Chefs von Waffengattungen wissen darüber nur so viel, wie sie bezüglich ihres eigenen Ressorts wissen müssen.

Eigenständig wäre die polnische Armee im Kriegsfall einzig auf den Gebieten von Verpflegung, Ausbildung der Reservetruppen, Aushebungsmodalitäten (gemäss vorgeschriebenen Kontingenten) und Nachschubwesen.

Auch in Friedenszeiten diktiert Moskau den Sollbestand und die Struktur der Armee, die Versorgung, die Ausrüstung, die Ausbildung und die operative Planung.

Zweimal jährlich kontrolliert der Kreml die Befolgung seiner Anordnungen, und jede dieser beiden Kontrollen basiert wiederum auf zwei Rapporten. Der eine wird vom polnischen Verteidigungsministerium erstattet und der andere vom sowjetischen Vertreter bei der polnischen Armeeführung.

Kuklinski wurde Augenzeuge einer interessanten Begebenheit im Zusammenhang mit den Abrüstungsverhandlungen zwischen WP und NATO. 1980 kam es dabei in Wien zu Schwie-

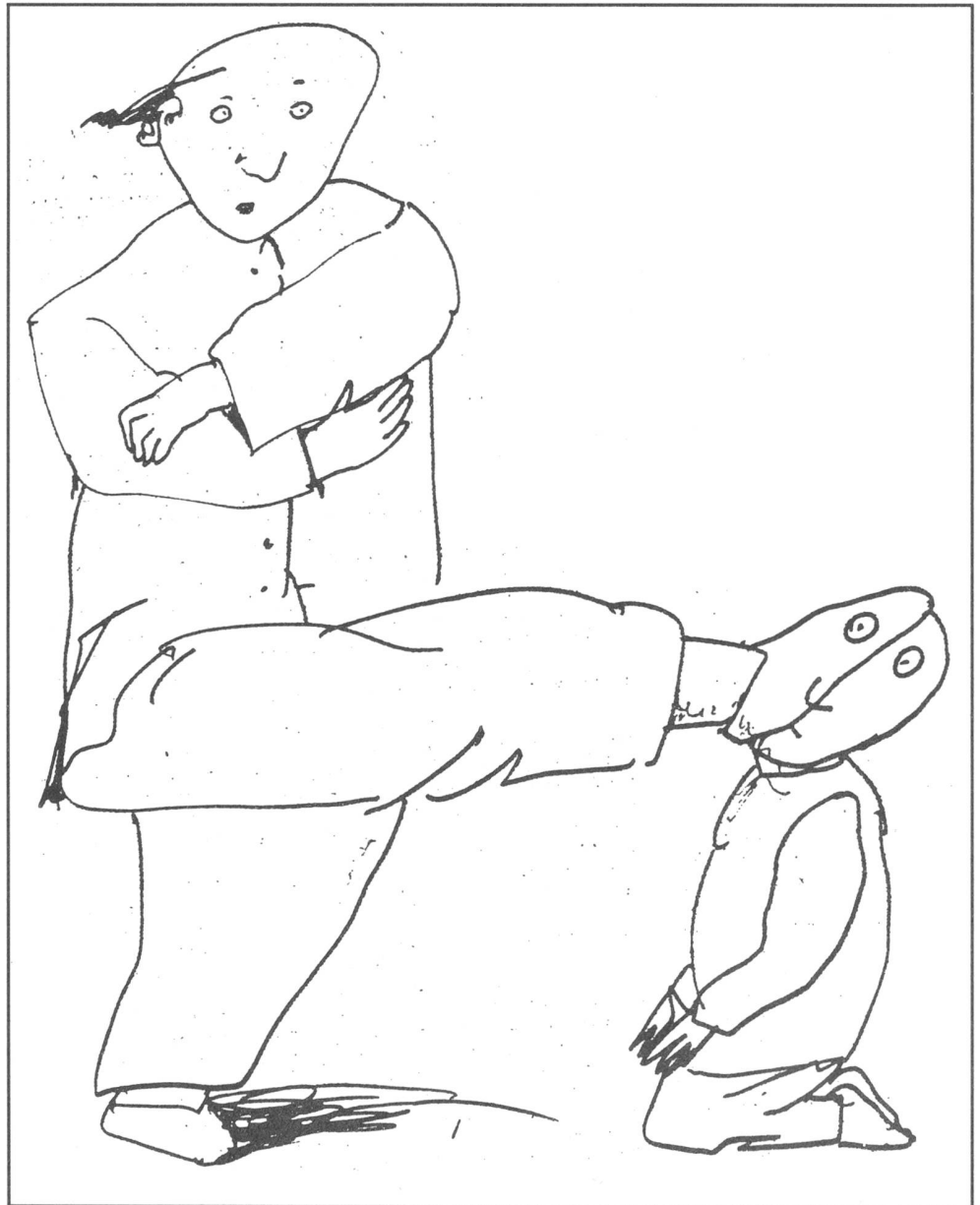
rigkeiten wegen umstrittener Personalbestände. In Moskau gewährte Kuklinski nun, wie ein sowjetischer General seinem polnischen Kollegen einen Zettel hinschob, der die polnischen Armeebestände aufführte, die offiziell gelten sollten.

Die Sowjets haben jederzeit das Recht, Truppendeinheiten der WP-Streitkräfte zu inspizieren. Es steht nicht fest, wie weit sie dabei gehen dürfen. Aber auf jeden Fall wurde bei der erwähnten Übung «Sojus-81» ein polnischer Kommandant von einem sowjetischen General gefragt: «Wie gehen Sie vor, falls es nötig wird, eine von Streikenden besetzte Fabrik zu räumen?»

★

Das zeigt wohl den Stand der Befugnisse in einem Land, das von allen Staaten der Welt als souverän anerkannt wird.

Jerzy Bahr



Angemessene Behandlung. («Polityka», Warschau, 2. 5. 1987)